

Niederschrift  
der 06. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 16.06.2016  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende 18:45 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

**Anwesend:**

Vorsitzende/r

Herr Hendrik Lastovka

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Lewing bis 18:30 Uhr  
Herr Stefan Nachtwey

Mitglieder

Frau Friz Fischer  
Herr Lothar Franzke  
Herr Jan Gottschling  
Herr Thomas Haack  
Herr André Meißner

Vertreter

Herr Dr. Fabian Czerwinski Vertretung für Herrn Jürgen Suhr ab 17:03  
Uhr

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch  
Frau Kirstin Gessert  
Frau Beate Löffler  
Frau Kristina Wilcke  
Frau Karin Zech

Gäste

Herr Peter Sobottka  
Herr Ralph Lankammer  
Herr Holger Michelmann  
Herr Constantin Pitzen  
Frau Marlies Walther

**Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 26.05.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

- 3.1 Bebauungsplan Nr. 32 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet Gärtneriegelände Andershof" Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: B 0011/2016
- 3.2 Bebauungsplan Nr. 53 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet zwischen Damaschkeweg und Kornwinkel" Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: B 0023/2015
- 3.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20 "Wohnbebauung Kleine Parower Straße", Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: B 0020/2016
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Vorstellung Stadtbuskonzept Richtungsknoten Stralsund
- 4.2 Ostseeküstenradweg von Stralsund über Sundhagen nach Greifswald  
Vorlage: ZU 0057/2014
- 4.3 zur Prüfung der Ausweitung von Sondernutzungen  
Einreicher: Waltraut Lewing, CDU/FDP - Fraktion  
Vorlage: AN 0021/2014

**Beschluss der Bürgerschaft Nr. 2014-V-02-1105 zur Prüfung der Ausweitung von Sondernutzungen**

**Vorlage: ZU 0037/2014**

- 4.4 Erarbeitung Werbesatzung  
Einreicher: Thomas Lewing, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0158/2015
- 4.5 Fläche an der Schützenbastion für Nutzung erhalten  
Einreicher: André Meißner, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0012/2016

**Ergänzungsantrag "Radverkehr" zu TOP 9.4 "Schützenbastion"**

**Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

**Vorlage: AN 0018/2016**

- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sind zu Beginn der Sitzung 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

## **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Herr Bogusch teilt mit, dass der TOP 6.2 fälschlicherweise dem nichtöffentlichen Teil zugeordnet wurde. Da es sich jedoch um eine Angelegenheit handelt, welche keinen Ausschluss der Öffentlichkeit zulässt bittet er darum, den TOP zurückzuziehen und ihn in einer der nächsten Sitzungen im öffentlichen Teil vorstellen zu dürfen.

Die geänderte Tagesordnung wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

## **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 26.05.2016**

Die Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 26.05.2016 wird ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      2 Stimmenthaltungen

## **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

### **zu 3.1 Bebauungsplan Nr. 32 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet Gärtnerieigende Andershof" Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: B 0011/2016**

Frau Gessert erläutert, dass nach der wechselvollen Geschichte des Planverfahrens seit 2012 eine Zusammenarbeit mit der Landes- Grunderwerb- Gesellschaft (LGE) bestehe. Die Satzungsfassung für den Bebauungsplan, welcher vorrangig Einfamilienhäuser vorsieht, liege nun vor. Frau Gessert hofft auf den Beschluss, damit die Erschließung des Gebietes schnellstmöglich beginnen kann.

Herr Meißner fragt, ob die Umsetzung der im Grünordnungsplan enthaltenen unbefestigten Wegeverbindung geplant sei.

Laut Frau Gessert ist diese Wegeverbindung geplant. Die Umsetzung erfolgt durch die Landes- Grunderwerb- Gesellschaft.

Herr Meißner erkundigt sich darüber, ob es Bestrebungen gibt, die dort vorhandenen Zäune zu beseitigen und die Zugänglichkeit des Uferareals zu verbessern.

Frau Gessert informiert, dass der Zaun im Rahmen der Baufeldfreimachung zurückgebaut werden soll.

Herr Dr. Czerwinski merkt an, dass die Ausgleichsfläche zur Aufforstung in den Stellungnahmen der Naturschutzverbände bereits als ökologisch wertvoll eingestuft wurde und erfragt, ob eventuell nach einer neuen Ausgleichsfläche gesucht werde.

Frau Gessert erklärt, dass die vorgesehene Ausgleichsfläche beansprucht werde und keine Alternative geprüft wurde. Für die Ausgleichsflächen in Zitterpenningshagen liegen eine Erstaufforstungsgenehmigung sowie die Umwandlungsgenehmigung der Forstbehörde vor.

Herr Dr. Czerwinski fragt nach dem Aufwand im Falle der Prüfung einer alternativen Fläche.

Frau Gessert entgegnet, dass aus Sicht der Verwaltung keine Notwendigkeit bestehe, da die Genehmigung für die Erstaufforstung in Zitterpenningshagen vorliege. Eine erneute Prüfung würde lediglich weitere Zeit kosten.

Herr Meißner merkt entgegen der Aussage in der Stellungnahme des NABU Nordvorpommern an, dass der Andershofer Teich seit 1938 als Pachtgewässer für Angler durch den Landesanglerverband genutzt und bewirtschaftet werde.

Herr Dr. Czerwinski erkundigt sich über die geplante Zuwegung über die Ahornstraße, da diese derzeit eine Spielstraße sei.

Frau Gessert berichtet, dass die Ahornstraße in eine Tempo-30-Zone geändert werden soll. Trotz des erhöhten Verkehrsaufkommens sei nicht mit einer steigenden Lärmbelastung zu rechnen, da bereits mit dem B-Plan „Molkerei“ Vorkehrungen diesbezüglich an den Gebäuden getroffen wurden. Die Alte Gärtnerei, als zweiter Anbindungspunkt, soll als durchgängige Verkehrsanbindung mit der Qualität als verkehrsberuhigter Bereich/ Mischverkehrsfläche festgelegt werden.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0011/2016 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      1 Stimmenthaltungen

**zu 3.2      Bebauungsplan Nr. 53 der Hansestadt Stralsund "Wohngebiet zwischen Damaschkeweg und Kornwinkel" Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: B 0023/2015**

Frau Zech erläutert, dass es sich hierbei um einen Bebauungsplan für weitere Einfamilienhäuser handelt.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zu der Vorlage.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0023/2015 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 3.3 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20 "Wohnbebauung Kleine Parower Straße", Abwägungs- und Satzungsbeschluss  
Vorlage: B 0020/2016**

Frau Zech erläutert, dass es sich beim vorliegenden Bebauungsplan um die Schaffung von Baurecht für ein Mehrfamilienhaus handelt.

Die Ausschussmitglieder haben keine Fragen zu der Vorlage.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0020/2016 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

**zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

**zu 4.1 Vorstellung Stadtbuskonzept Richtungsknoten Stralsund**

Gäste: Herr Bogusch, Frau Wilcke, Herr Pitzen, Herr Michelmann, Herr Langkammer

Herr Lastovka beantragt für Herrn Pitzen, Herrn Michelmann und Herrn Langkammer Rede-recht.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem zu..

Mit Hilfe einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt wird, erläutern die Gäste das Kon-zept.

Im ersten Teil der Präsentation geht Herr Pitzen auf das vorhandene Liniennetz und die Ver-bindungen ein. Anstelle eines zentralen Busbahnhofes soll es Verknüpfungen an vier ver-schiedenen Orten geben.

Standorte hierfür sollen der Hauptbahnhof, der Hafen, der Knieperdamm und der Werftkrei-sel werden.

Geplant ist die Möglichkeit, in drei verschiedene Busse umsteigen zu können, die im 15 Mi-nutentakt fahren.

Das Konzept ist laut Herrn Pitzen mit der Anzahl der heute fahrenden Busse und der glei-chen Anzahl von Kilometern umsetzbar.

Herr Lastovka interessiert, wie das Konzept nach außen kommuniziert werden soll.

Herr Pitzen geht davon aus, dass die Kommunikation leichter wird, da das Konzept bestimm-te Regeln vorgibt, die eine strukturierte Nutzung des Systems ermöglichen. Auf den Einwand von Herrn Sobottka erwidert Herr Pitzen, dass man nicht häufiger umsteigen muss, es nur mehr Möglichkeiten zum Umsteigen gibt.

Herr Bogusch erklärt, dass das neue System einen strengen, gleichbleibenden Linienvorlauf für die einzelnen Buslinien bietet. Ziel ist es, durch das Konzept die Umsteigebeziehungen zwischen den einzelnen Buslinien zu verbessern.

Die Gewöhnung an ein neues System kann laut Herrn Pitzen ein paar Monate dauern, ist aber aus seiner Erfahrung heraus oft erfolgreich.

Herr Pitzen ergänzt, dass an den wichtigen Haupttrouten gar nichts oder nur wenig verändert wurde. Da wo jetzt bereits ein 15 Minutentakt besteht, bleibt dieser auch erhalten.

Herr Meißner erkundigt sich, wie der Landkreis die Pläne sieht. Herr Langkammer erklärt, dass der Landkreis von Anfang an in die Planungen mit einbezogen wurde. Er macht deutlich, dass das Konzept schrittweise umgesetzt werden kann. Der Aufgabenträger und der VVR stehen der Planung aufgeschlossen gegenüber. Auf die Frage von Herrn Lewing antwortet Herr Langkammer, dass die Finanzierung immer spannend ist, sich das Konzept aber in den beauftragten Kilometern bewegt.

Frau Fischer äußert sich positiv über das vorgestellte Konzept.

Im zweiten Teil der Präsentation stellt Herr Michelmann die Machbarkeit der Knoten dar und berichtet über die dafür notwendigen Maßnahmen.

Beim Knotenpunkt Hauptbahnhof wären die umfangreichsten Veränderungen notwendig, um die Vorzugsvariante umsetzen zu können.

Am Knieperdamm würde die Linienführung nicht mehr über die Bleichen, sondern über die Hainholzstraße führen, um eine optimale Anbindung erreichen zu können. Außerdem müsste eine Wendemöglichkeit für die Busse eingerichtet werden. Auch am Standort Werftkreisel sind Anpassungen notwendig.

Der Knotenpunkt am Hafen bedarf keiner Umgestaltung.

Die Kosten für die Knotenpunkte Knieperwall und Werftkreisel liegen bei knapp 300.000 €. Eine Schätzung der Kosten für die Umgestaltung des Hauptbahnhofes ist im Moment nicht möglich. Eine komplette Umsetzung des Konzeptes ist für 2023 vorstellbar.

Abschließend erklärt Herr Pitzen, dass die vorhandenen Linien in das System eingebaut werden können. Die Mobilität der Fahrgäste kann durch das Konzept verbessert werden, in dem eine bessere Verbindung zwischen den einzelnen Linien geschaffen wird. Herr Pitzen hebt die Flexibilität des Projektes noch einmal hervor.

Herr Lewing erkundigt sich, nach den beiden geplanten Kreisverkehren am Hauptbahnhof. Herr Bogusch erklärt, dass es sich lediglich um die Vorstellung einer optimalen Anbindung eines Vollknotens handelt. Er betont, dass auch mit den jetzigen Gegebenheiten zumindest ein Richtungsknoten möglich ist.

Herr Bogusch geht auch auf die Umlenkung des Busverkehrs über die Hainholzstraße ein. Die Straße muss unabhängig von den vorgelegten Plänen saniert werden. Denkbar wäre auch die Buslinie die über die Straße An den Bleichen verkehrt, nicht in das Konzept mit einzubeziehen. Dann würde allerdings der gewünschte Effekt nicht erzielt werden können.

Herr Pitzen stellt klar, dass es sich bei der Planung für den Hauptbahnhof um eine Maßnahme handelt, welche den Nahverkehr aufwertet, aber sie ist nicht zwingend notwendig für das Modell Richtungsknoten. Zwingend notwendig sind die Maßnahmen am Knieperdamm und am Werftkreisel.

Herr Meißner bezweifelt, dass eine Umsetzung am Werftkreisel leicht zu realisieren ist. Auf den Einwand von Herrn Lastovka antwortet Herr Bogusch, dass bei einer Nutzung der Werftstraße eine Wendemöglichkeit für die Busse geschaffen werden muss. Bei einer Nutzung des Werftkreisels müsste zumindest die Spuraufteilung stadtauswärts neu geplant werden.

Herr Gottschling möchte wissen, wie die weitere Vorgehensweise ist und wer die Kosten für die Umbaumaßnahmen trägt.

Dazu erklärt Herr Bogusch, dass die Kosten von der Stadt getragen werden müssen. Er geht allerdings davon aus, dass es für die notwendigen Umbaumaßnahmen Fördermittel geben wird.

Ein positives Feedback aus dem Ausschuss hält Herr Bogusch für wichtig, um weiter an dem Projekt arbeiten zu können.

Herr Lastovka bittet um eine Kostenaufstellung für die schrittweise Umsetzung des Projektes und Informationen zu der Vorgehensweise.

Herrn Dr. Czerwinski interessiert, ob es möglich ist, auch die Linien aus dem Kreis in das Konzept mit einzubinden. Die Verknüpfung des Regionalverkehrs ist laut Herrn Pitzen, ein eigenständiges Thema. Herr Bogusch ergänzt, dass die Regionalbusse sehr stark ausgedünnt fahren. Ein Umsteigen in einen Stadtbus ist nach kurzer Wartezeit möglich, ohne dass man eine zusätzliche Abstellmöglichkeit für Regionalbusse schaffen muss.

Herr Haack spricht das Thema Busbahnhof an. Herr Bogusch berichtet über den aktuellen Sachstand zu diesem Thema.

Herr Haack beantragt die Verweisung des Themas Stadtbuskonzept in die Fraktionen.

Herr Meißner fragt, wie sich eine eventuell neue Linie im Schülerverkehr in das Konzept einbauen lässt.

Da es sich um Einzelfahrten handelt, sieht Herr Pitzen kein Problem. Bei einer Integration in das Konzept könnte der Bus weitere Aufgaben wahrnehmen.

Herr Lastovka lässt über den Verweisungsantrag von Herrn Haack abstimmen.

Abstimmung: 9 Zustimmungen      0 Gegenstimmen      0 Stimmenthaltungen

#### **zu 4.2      Ostseeküstenradweg von Stralsund über Sundhagen nach Greifswald Vorlage: ZU 0057/2014**

Herr Bogusch fasst die bisherigen Ergebnisse kurz zusammen. Er informiert darüber, dass für den Abschnitt Teschenhäger Weg ein Fördermittelantrag gestellt wurde und die Anhörung der Träger der öffentlichen Belange stattfindet. Mit dem Ausbau des Teschenhäger Weges werde voraussichtlich Anfang 2017 begonnen. Für die Brandshäger Straße fand ein Zusammenschluss mit der Nachbargemeinde statt. Zudem gibt es einen Fördermittelantrag für die Vorplanung des Radweges. Aufgrund des denkmalgeschützten Pflasters und einem benachbarten Trinkwasserschutzgebiet soll ein möglicher Streckenverlauf geprüft werden. Eine 90%-ige Förderung der Untersuchung wurde seitens des Wirtschaftsministeriums in Aussicht gestellt.

Da es sich bei dem Ausbau des Radweges trotz verschiedener Teilprojekte um ein Vorhaben handelt, muss bei der Ausschreibung das Gesamtprojekt angesetzt werden. Die hohen Gesamtkosten erfordern eine europaweite Ausschreibung. Da dies entsprechend lange Fristen mit sich zieht, ist ein Baubeginn für das Jahr 2018 fraglich.

#### **zu 4.3      zur Prüfung der Ausweitung von Sondernutzungen Einreicher: Waltraut Lewing, CDU/FDP - Fraktion Vorlage: AN 0021/2014**

Herr Bogusch erklärt, dass konkrete Vorschläge benötigt werden, um die Ausweitung der Sondernutzung prüfen zu können. Deshalb wurde der Antrag vor einiger Zeit zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Die Verwaltung ist für Vorschläge offen, solange diese gewisse Gestaltungsgrundsätze berücksichtigen.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, dass Thema erneut in den Fraktionen zu beraten.

**zu 4.4 Erarbeitung Werbesatzung**  
**Einreicher: Thomas Lewing, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0158/2015**

Frau Löffler erklärt, dass es zwei Werbesatzungen geben wird, eine für die Hauptzufahrtsstraßen und eine für die Altstadt, da es unterschiedliche Anforderungen an die beiden Bereiche gibt. Für beide Bereiche liegt ein Entwurf vor, wobei die Priorität bei der Satzung für die Hauptverkehrsachsen liegt. Die Satzung wird noch 2016 im Ausschuss vorgestellt. Für die Werbesatzung Bereich Altstadt wird ein Gestaltungshandbuch erstellt, welches eventuell auch Regelungen zur Sondernutzung enthalten soll. Diese Satzung wird dem Ausschuss dann 2017 vorgestellt.

**zu 4.5 Fläche an der Schützenbastion für Nutzung erhalten**  
**Einreicher: André Meißner, CDU/FDP-Fraktion**  
**Vorlage: AN 0012/2016**

Frau Löffler führt aus, dass auf der Schützenbastion ein Parkdeck als Alternative zum Parken auf dem Neuen Markt entstehen soll. Dazu wird ein Wettbewerb für die Planungsbüros ausgeschrieben. Aktuell wurde nochmal eine archäologische Untersuchung durchgeführt. Auch dieses Vorhaben wird 2016 im Ausschuss vorgestellt. Es soll versucht werden, trotz des Parkdecks den historischen Charakter der Bastion wieder herzustellen. Herr Meißner erkundigt sich, ob die Teichflächen vergrößert werden sollen. Frau Löffler verneint dies.

**zu 5      Verschiedenes**

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

**zu 9      Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen  
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Lastovka stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil bekannt.

gez. Hendrik Lastovka  
Vorsitzender

gez. Gaby Ely  
Protokollführung